

AfD: Menschenrechtsinstitut nennt AfD Gefahr für Menschen mit Behinderung

Die Abwertung von Menschen mit Behinderung sei »manifestester Bestandteil« des Gedankenguts der AfD. Das Institut für Menschenrechte warnt vor der Gefahr durch die Partei.

Von [David Rech](#)

Aktualisiert am 14. Mai 2026, 14:26 Uhr

Inklusion ist für die AfD ein »Ideologieprojekt«. © Christoph Schmidt/dpa
Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) sieht die AfD als Gefahr für Menschen mit Behinderung. Die Menschenrechtsinstitution warnt vor ihrer Abwertung durch die in Teilen gesichert rechtsextreme Partei. Denn diese sei ein »manifestester Bestandteil ihrer inhaltlichen Ausrichtung«, schreibt Hendrik Cremer vom DIMR.

Seit ihrer Gründung habe sich die Partei fortlaufend radikalisiert und verfolge das Ziel einer »homogenen Volksgemeinschaft«, heißt es in der Analyse. Diese Idee des Volkes berufe sich dabei auf national-völkische Vorstellungen in Anlehnung an den Nationalsozialismus und lasse erkennen, dass die Partei weniger leistungsfähige oder nicht gesunde Menschen aus der Gesellschaft ausschließen will.

Konkret bezieht sich das Institut dabei auf verschiedene Aussagen von AfD-Politikern. 2018 etwa stellte die AfD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, in der sie nach der Zahl der Schwerbehinderten in Deutschland fragte. In der Anfrage heißt es: »Wie hat sich die Zahl der Behinderten seit 2012 entwickelt, insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen?« Dabei wollte die Fraktion zudem wissen, wie viele Menschen davon einen Migrationshintergrund hätten und »wie viele in Deutschland lebende Schwerbehinderte (...) keine deutsche Staatsbürgerschaft« besäßen.

AfD lehnt Inklusion offenbar ab

Das DIMR attestiert der Partei dabei, die eigene Einstellung zu Menschen mit Behinderungen offenbart zu haben. Verbände und Organisationen warfen der Partei schon damals vor, einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Inzest und Migration zu ziehen.

Weiter wird die Position der AfD in Bezug auf Inklusion aufgeführt. Björn Höcke, der Landesvorsitzende der AfD in Thüringen, bezeichnete diese in einem Interview mit dem MDR im August 2023 indirekt als Belastung. Damals hatte der AfD-Politiker von »Belastungsfaktoren« gesprochen, die aus dem Bildungssystem entfernt werden müssten. Er sprach dabei von Kindern mit Migrationshintergrund – und von Kindern mit Behinderungen.

Inklusion nannte er ein »Ideologieprojekt«, das »unsere Schüler« nicht weiterbringe oder »leistungsfähiger« mache. Als »unsere« Schüler bezeichnete Höcke damit explizit nur jene ohne Behinderungen. Das DIMR zieht in der Sprache des AfD-Politikers die Parallele zu den Nationalsozialisten, die Menschen mit Behinderungen als »Ballastexistenzen« deklarierten. Mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus getötet.

Inklusion bedeutet nach Definition des Bildungsministeriums, »die gleichberechtigte Teilhabe eines jeden Menschen am gesellschaftlichen Leben zu sichern«. Sie ist seit 2006 in der UN-Behindertenrechtskonvention und in Deutschland auf nationaler Ebene im Behindertengleichstellungsgesetz festgeschrieben. Artikel 3 des Grundgesetzes verbietet zudem die Benachteiligung aufgrund einer Behinderung. Inklusion ist in Deutschland also gesetzlich festgeschrieben.

»Eine Baustelle

voller ideologischer Irrtümer«

In der AfD wurde sie auch im vergangenen Jahr erneut offen infrage gestellt, wie das DIMR aufzeigt. Dabei wird Thorsten Weiß, der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion in Berlin, zitiert. Dieser nannte Inklusion demnach eine der größten Herausforderungen des Bildungssystems, die zwar »theoretisch ein höheres Ziel« sei, praktisch jedoch »eine Baustelle voller ideologischer Irrtümer« darstelle, unter der Schüler und Lehrkräfte leiden würden.

Eine Gesellschaft ohne Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen sei aus der Sicht von Weiß damit grundsätzlich nicht realisierbar, schrieb Cremer in der DIMR-Analyse. Inklusion werde dabei als ideologischer Irrtum diskreditiert. An dieser Stelle wird auch die AfD in Sachsen-Anhalt erwähnt, die vor wenigen Wochen bereits mit ihrem Regierungsprogramm Schlagzeilen machte. Darin lehnt die Landespartei Inklusion offen und in Gänze ab. Sie würde den Unterricht »lähmen«, heißt es dort.

AfD verschiebe Grenzen des Sagbaren

Zitiert wird zudem eine Aussage des AfD-Politikers Emil Sänze, eines der beiden Vorsitzenden des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg. Er sagte bei einer Veranstaltung in Karlsruhe über Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder, dieser sei »nicht nur körperlich behindert, auch manchmal geistig, meine Damen und Herren. Aber wir lassen ihn leben«. Diese Aussage offenbare Gedankengut, in dem das Recht auf Leben für Menschen mit Behinderung infrage gestellt werde, schreibt das Menschenrechtsinstitut.

Die AfD verschiebe mit ihren menschenfeindlichen Aussagen die Grenzen des Sagbaren, heißt es vonseiten des DIMR. Sie mache Stimmung gegen Menschen mit Behinderung und zeige, dass ihre Abwertung »manifestester Bestandteil des Gedankenguts der Partei« sei. Darauf machen auch Verbände und Organisationen schon seit Jahren aufmerksam. In der öffentlichen Debatte werde das Thema jedoch kaum thematisiert, mahnt das Menschenrechtsinstitut.

Die ZEIT hat die AfD in Bezug auf die Veröffentlichung des Menschenrechtsinstituts um Stellungnahme gebeten. Eine Antwort der Partei steht noch aus.

Quelle: Die ZEIT